

Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Das vergangene Jahr war durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet. Turnusgemäß wurden im Februar 2020 alle Führungspositionen im Ausschuss der Regionen (AdR) neu besetzt, da eine neue, bis 2025 andauernde Mandatsperiode begann.¹ Zudem führte die Covid-19-Pandemie zu erheblichen organisatorischen Problemen im Arbeitsablauf. Die für den 25. und 26. März 2020 und den 13. und 14. Juni 2020 terminierten Plenartagungen sowie Sitzungen der Fachkommissionen und geplante andere Veranstaltungen im Frühjahr und Sommer 2020 mussten abgesagt werden beziehungsweise fanden virtuell statt.²

Bereits am 21. Mai 2019 hatte der Rat auf Empfehlung des AdR beschlossen, die 24 durch den Austritt des Vereinigten Königreichs frei werdenden Sitze nicht neu zu besetzen.³ Gegenüber dem Ratsbeschluss von 2014 zur AdR-Zusammensetzung erhielten allerdings Estland, Zypern und Luxemburg jeweils ein zusätzliches Mandat, sodass die Gesamtzahl der Mandate künftig bei 329 liegt.

Von Juni 2019 bis Juli 2020 fanden insgesamt fünf Plenartagungen statt.⁴ Dabei wurden von den 329 Vertreterinnen und Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften 9 Resolutionen und 51 Stellungnahmen zu Initiativen der Europäischen Kommission beschlossen. Die Bandbreite der dabei behandelten Themen umfasste neben den obligatorischen Stellungnahmen zu Initiativen der Kommission mit lokalem und regionalem Bezug auch Initiativstimmungen und Resolutionen zu übergreifenden politischen Fragen (siehe Tabelle 1).

Wie auch in den Vorjahren nahmen zahlreiche Mitglieder der Europäischen Kommission, Vertreter der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaften sowie Berichterstatter und Ausschussvorsitzende des Europäischen Parlaments an den Plenar- und Fachkommissionssitzungen teil und nutzten die Gelegenheit zu einer politischen Aussprache.

1 Eine Übersicht über das AdR-Führungspersonal zu Beginn der 7. Mandatsperiode findet sich unter Ausschuss der Regionen: Portraits and Functions 2020-2025, 8.5.2020, abrufbar unter: <https://cor.europa.eu/en/engage/brochures/Documents/Portraits%20and%20functions%202020-2025/4255%20CoR%20portraits%20and%20functions%20A4%20FIN.pdf> (letzter Zugriff: 15.6.2020).

2 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie“ in diesem Jahrbuch.

3 Rat der Europäischen Union: Beschluss über die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen 2019/852, in: Amtsblatt der Europäischen Union L 139 vom 21.5.2019, S. 13. Vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Jahrbuch.

4 Berichte über die Plenartagungen sind im Internet verfügbar, siehe unter anderem Ausschuss der Regionen: Plenartagungen, 11.2.2020, abrufbar unter: <https://cor.europa.eu/de/events/Pages/137th-CoR-plenary-session.aspx> (letzter Zugriff: 15.6.2020).

*Tabelle 1: AdR-Sitzungen Juni 2019 bis Juli 2020 im Überblick
(Hinweis: Die für 25./26.3.2020 und 13./14.6.2020 geplanten Plenartagungen wurden wegen der Covid-19-Pandemie abgesagt.)*

Plenartagung	Anzahl Stellungnahmen	Anzahl Resolutionen	Inhaltliche Schwerpunkte	Wichtige Gesprächspartner
135. am 26.– 27.06.2019	11	–	Beitrag von Kommunen und Regionen bei der Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie bei Klimawandel und Energiewende; Donaustrategie.	Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen, zuständig unter anderem für Arbeit, Wachstum; Kommissar Ariel Cañete, zuständig für Klimaschutz und Energie.
136. vom 6.– 9.10.2019	16	2	Regionale Entwicklungspolitik nach 2020; Entwicklungen in den interinstitutionellen Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen; Digitale und ökologische Übergänge.	Zahlreiche Redner im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte, unter anderem Haushaltskommissar Oettinger.
137. am 4. / 5.12.2019	10	1	25 Jahre AdR; Rede zur Lage der Union des AdR-Präsidenten; Green Deal.	EP-Präsident David Maria Sassoli, Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans.
138. am 11. / 12.2.2019	6	3	Konstituierende Sitzung der 9. Mandatsperiode; Debatte zur Zukunft Europas; Stärkung der Rechtsstaatlichkeit; Entwicklung Afrikas.	Kommissionsmitglied Dubravka Šuica, zuständig für Demokratie und Demografie.
139. am 30.6. / 1.– 2.7.2020	8	3	Online-Tagung unter anderem zu Green Deal; Coronakrise; Mehrjähriger Finanzrahmen.	Haushaltskommissar Johannes Hahn; Binnenmarktkommissar Thierry Breton, MdEP Pascal Canfin, Vorsitzender des Umweltausschusses.
Gesamt	51	9		

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Konstituierung der 7. Mandatsperiode

Zu Mandatsbeginn wurden durch Beschluss des Rates alle AdR-Mitglieder neu ernannt und alle Organe, einschließlich des Präsidiums, der Kommissionen, der Arbeitsgruppen und der interregionalen Gruppen mit einem neuen Mandat ausgestattet. Zum neuen AdR-Präsidenten wurde entsprechend einer Absprache zwischen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Fraktion der Sozialisten und Sozialdemokraten (SPE) am 12. Februar 2020 der Gouverneur der griechischen Region Zentralmazedonien Apostolos Tzitzikostas (EVP) gewählt. Erster Vizepräsident – und damit voraussichtlich AdR-Präsident nach Ablauf der ersten Hälfte der Mandatsperiode – wurde Vasco Ilídio Alves Cordeiro (SPE), Präsident der Regionalregierung der Azoren (Portugal). Leiter der 24

Mitglieder umfassenden deutschen Delegation wurde Staatssekretär Mark Speich (EVP, Nordrhein-Westfalen), der damit auch dem AdR-Präsidium angehört.

Die politische Zusammensetzung des AdR ergab zu Beginn der Mandatsperiode folgendes Bild: Die EVP-Fraktion stellt 116 Mitglieder, die SPE-Fraktion 89 Mitglieder, die Fraktion Renew Europe 49 Mitglieder, Fraktion Europäische Konservative und Reformer 25 Mitglieder, Fraktion Europäische Allianz 14 Mitglieder und Fraktion der Grünen 11 Mitglieder. Sechs Mitglieder waren fraktionslos, 19 Mandate unbesetzt. Erstmals hat sich eine Fraktion der Grünen gebildet, zuvor hatten sich die grünen AdR-Mitglieder mehreren anderen Fraktionen angeschlossen, da sie die zur Fraktionsbildung erforderliche Mindestzahl nicht erreicht hatten.⁶

Schwerpunkte der Arbeit des AdR

Einmal mehr war die Themenpalette im AdR breit gefächert und umfasste alle Aspekte des Handelns der EU mit regionalem und kommunalem Bezug. Auf der Agenda standen unter anderem die Themen Zukunft der EU, Brexit, mehrjähriger Finanzrahmen (MFR), Zukunft der Strukturpolitik, Europäischer Green Deal, Rechtsstaatlichkeit, Migration, Kulturfragen und zunehmend auch die Bewältigung der Covid-19-Pandemie.

Der Beitrag zur europäischen Zukunftsdebatte

In der 138. Plenartagung vom 11. und 12. Februar 2020 befasste sich der AdR in Anwesenheit der für Demokratie und Demografie zuständigen Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Šuica mit der Konferenz zur Zukunft Europas.⁷ In einer Entschließung bewertet der AdR „[...] die Konferenz als eine Gelegenheit, die Schritte zu ermitteln, die die EU ergreifen muss, damit sie im Einklang mit dem neuen Grundsatz der aktiven Subsidiarität ihre Handlungsfähigkeit und ihre demokratische Funktionsweise stärken kann“ und

„weist darauf hin, dass die mehr als eine Million Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der lokalen und regionalen Ebene in der EU gleich in zweifacher Hinsicht gefragt sind: Sie sollten an der Gestaltung der EU-Politik mitwirken und gleichzeitig die EU den Bürgerinnen und Bürgern nahebringen, um dies besser sichtbar zu machen.“⁸

Er begrüßte die vorgeschlagenen Maßnahmen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten und unterstrich die Bedeutung offener und umfassender thematischer Debatten. Ziel der Konferenz müsse es sein, konkrete Legislativvorschläge für Änderungen der EU-Verträge auszuarbeiten, die während der Kampagne für die Europawahl 2024 im Hinblick auf einen künftigen Konvent debattiert werden könnten (Ziffer 14).

Die Themen der Konferenz müssten in Debatten mit der Basis festgelegt werden. Der Themenkatalog könnte unter anderem Folgendes enthalten: Umwelt- und Klimaprobleme, Soziale Gerechtigkeit, Nachhaltige Entwicklung, Digitaler Wandel, Migration, Europäische Wertegemeinschaft, Wirtschaft und Beschäftigung, Territorialer Zusammenhalt sowie die Veränderungen der Maßnahmen, Verfahren, Institutionen und Ressourcen der EU einschließlich der Rolle der lokalen und regionalen Demokratie und Selbstverwaltung.

Der AdR sollte mit mindestens acht Mitgliedern mit vollem Stimmrecht in der Konferenz vertreten sein. Zudem sei eine gleichberechtigte Vertretung der zweiten

6 Florence Schulz: Erstmals grüne Fraktion im Ausschuss der Regionen gebildet, in: Euractiv, 13.2.2020.

7 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Konferenz zur Zukunft Europas“ in diesem Jahrbuch.

8 Ausschuss der Regionen: Entschließung des Europäischen Ausschusses der Regionen zu der Konferenz zur Zukunft Europas 2020/C141/02, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 141 vom 29.4.2020, Ziffern 2 und 3, S. 5.

Kammern der nationalen Parlamente erforderlich, da in vielen Mitgliedstaaten Repräsentanten der regionalen Gebietskörperschaften dort vertreten sind.

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Die Arbeit des AdR war durch den Ausbruch der Covid-19-Pandemie erheblich beeinträchtigt, da die AdR-Räumlichkeiten in Brüssel ab Anfang März 2020 für Mitglieder und Besucher nicht mehr zugänglich waren. Die für den 25. und 26. März 2020 geplante Plenartagung musste ausfallen, die Tagung am 30. Juni und 1. Juli 2020 fand online statt.

Wegen dieser Rahmenbedingungen mussten alternative Wege der Positionsbestimmung und Beschlussfassung genutzt werden. So beschloss die Konferenz der Präsidenten einen Aktionsplan zur Unterstützung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Hinblick auf die Covid-19-Pandemie sowie die Einrichtung einer Plattform,⁹ um lokale und regionale Entscheidungsträger dabei zu unterstützen, den gemeinsamen Bedarf zu ermitteln, Lösungen auszutauschen und die gegenseitige Unterstützung zwischen lokalen Gemeinschaften in ganz Europa zu verbessern. Der AdR werde regelmäßig über EU-Maßnahmen informieren und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Finanzierungsmöglichkeiten legen. Zudem soll ein EU-Notfallmechanismus im Gesundheitsbereich die lokalen Entscheidungsträger in mehrerer Hinsicht unterstützen. Unter anderem geht es darum, die Verteilung medizinischer Grundausrüstung in der gesamten EU zu koordinieren. Im Aktionsplan des AdR werden auch Finanzhilfen für lokale Unternehmen sowie Personen gefordert, die durch die Krise von Arbeitslosigkeit betroffenen sind. Die EU soll auf die Bedürfnisse vor Ort angepasste regionale Strategien zur Konjunkturbelebung fördern, um die Wirtschaft auf lokaler und regionaler Ebene zu stabilisieren.

Da keine Plenartagungen stattfinden konnten, übermittelten die EVP- und SPE-Fraktion sowie die Fraktion der Grünen und von Renew Europe am 8. Mai 2020 eine Erklärung mit zahlreichen Forderungen zur Überwindung der Folgen der Pandemie.¹⁰ Gefordert wird ein Aufbauprogramm für ein nachhaltiges, resilientes und soziales Europa inklusive EU-Aufbaufonds, der an einen ehrgeizigen EU-Haushalt gekoppelt ist, auf einer europäischen Schuldenhaftung basiert und mit mindestens 500 Mrd. Euro ausgestattet sein soll. Ein EU-Notfallmechanismus soll bei Gesundheitskrisen den Erwerb medizinischer Ausrüstung sicherstellen sowie der Bewertung, Anpassung und Überwachung der Leistungsfähigkeit regionaler Gesundheitssysteme und Investitionen zur Gewährleistung einer krisenfesten und nachhaltigen Gesundheitsversorgung dienen. Finanzierungsprogramme sollen Regionen und Kommunen unterstützen, um Steuerausfälle auszugleichen und die öffentlichen Dienste mit dem Ziel der Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Resilienz umzugestalten. Begleitende Kommunikationsmaßnahmen sollen Regionen und Gemeinden über Unterstützungsmöglichkeiten der EU bei der Pandemiebekämpfung informieren.

9 Informationen zu diesem Beschluss unter [Presseportal.de: COVID-19: Europäischer Ausschuss der Regionen beschließt Einrichtung einer Plattform zur Unterstützung regionaler und lokaler Gebietskörperschaften](https://www.presseportal.de/COVID-19:Europaeischer_Ausschuss_der_Regionen_beschliesst_Einrichtung_einer_Plattform_zur_Unterstu...), 25.3.2020. Die Plattform selbst findet sich unter Ausschuss der Regionen: Unterstützung der Regionen und Städte im Kampf gegen das Coronavirus, abrufbar unter: <https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/COVID19-exchangeplatform.aspx> (letzter Zugriff: 16.6.2020).

10 Ausschuss der Regionen: Declaration: Local and regional authorities as actors of the European response to the COVID-19 crisis, submitted by EPP, PES, Renew Europe, EA and the Greens, 8.5.2020, abrufbar unter: https://cor.europa.eu/en/engage/brochures/Documents/Declaration%20on%20COVID-19%20Response/Declaration_on_COVID_19_Response.pdf (letzter Zugriff: 20.6.2020).

Europäischer Green Deal

Unter dem Motto „Green Deal“ kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament am 27. November 2019 als einen ihrer Arbeitsschwerpunkte eine EU-Strategie für nachhaltiges Wachstum an, um in der EU bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.¹⁰ Im Rahmen der 137. Plenartagung debattierte der AdR in Anwesenheit des zuständigen Kommissionsvizepräsidenten Frans Timmermans den Europäischen Green Deal und verfasste eine Entschließung, um frühzeitig Einfluss auf die Neuausrichtung der EU im Klima- und Umweltbereich zu nehmen und die lokale und regionale Perspektive einzubringen.¹² Die Entschließung greift Forderungen früherer Stellungnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris, der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und der Biodiversitätsstrategie auf. Die Europäische Kommission wird aufgefordert, im Hinblick auf ein klimaneutrales Europa die derzeitigen Klimaziele zu aktualisieren und das Emissionsreduktionsziel auf 55 Prozent, das Energieeffizienzziel auf 40 Prozent und den geplanten Anteil der erneuerbaren Energieträger auf 40 Prozent anzuheben. Erreicht werden soll dies durch aktive Subsidiarität im Wege ortsbezogener Klimaschutzmaßnahmen.

In der Entschließung wird auch der Finanzierungsbedarf für das europäische Klimagesetz angesprochen. Ein Investitionsplan wird begrüßt, mit dem in den nächsten zehn Jahren Investitionen in Höhe von 1 Bio. Euro unterstützt werden sollen. 30 Prozent des mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 sollte für Klima- und Biodiversitätsschutzmaßnahmen bereitgestellt werden. Zusätzliche Ressourcen sollten durch eine Erweiterung des Emissionshandelssystems und die Einführung einer Kohlenstoffdioxid-Grenzsteuer erschlossen werden. Die Einrichtung eines Fonds für einen fairen Übergang und die Stärkung der Kohäsionspolitik zur Abfederung der negativen Auswirkungen sind zentrale Forderungen.

Zur Umsetzung der Ziele richtete der AdR am 15. Juni 2020 eine neue, 13-köpfige Arbeitsgruppe „Der Grüne Deal – Going local“ ein, um sicherzustellen, dass die Städte und Regionen den Europäischen Grünen Deal mit konkreten Projekten und einer direkten finanziellen Unterstützung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf den Weg bringen können.¹² Konkret verfolgt die Arbeitsgruppe die Ziele, Standpunkte der Städte und Regionen im AdR zu bündeln, die Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen zu fördern und die Kommunikation über Herausforderungen, vor denen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung des grünen Wandels vor Ort stehen, inklusive der Dokumentation bewährter Verfahren. Die Arbeitsgruppe soll ihre Arbeit aufnehmen, nachdem die Europäische Kommission Details zu dem mit 750 Mrd. Euro ausgestatteten neuen Aufbauinstrument und die klimabezogenen Elemente in ihrem Vorschlag für den langfristigen Haushalt mit einem Umfang von 1.100 Mrd. Euro für den Zeitraum 2021 bis 2027 vorgelegt hat.¹⁴

10 Europäische Kommission: Rede der gewählten Kommissionspräsidentin von der Leyen im Europäischen Parlament anlässlich der Debatte zur Vorstellung des Kollegium der Kommissionsmitglieder und seines Programms, Straßburg, 27.11.2019, SPEECH/19/6408.

12 Ausschuss der Regionen: Entschließung des Europäischen Ausschusses der Regionen – Der Grüne Deal in Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 79 vom 10.3.2020, S. 1.

12 Siehe hierzu: Ausschuss der Regionen: Der europäische Grüne Deal – Going local, 15.6.2020, abrufbar unter: <https://cor.europa.eu/de/news/Pages/the-european-green-deal-is-going-local-.aspx> (letzter Zugriff: 16.6.2020).

14 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

Stärkung der Rechtsstaatlichkeit

In der Februar-Plenartagung 2020 befasste sich der AdR mit der zunehmend thematisierten Problematik der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU und fasste eine Entschließung,¹⁵ in der er die Eröffnung des Verfahrens nach Art. 7 EUV begrüßte. Rechtsstaatlichkeit sei Voraussetzung für den europäischen Integrationsprozess und grundlegender Wert der Union. Bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit komme der Zivilgesellschaft und den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle zu. Letztere seien die grundlegende Ebene demokratischer Legitimität, sollten eine Kultur der Rechtsstaatlichkeit fördern und die Einhaltung damit verbundener Grundsätze überwachen. Lokale Akteure wie Rechtsanwälte, Richter, lokale und regionale Medien müssten an der Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit mitwirken können.

Eine Konditionalität der EU-Mittel sollte nur bei schweren und systematischen Verstößen erfolgen und nachvollziehbar begründet werden. Dabei müsse sichergestellt werden, dass lokale oder regionale Gebietskörperschaften als wesentliche Empfänger von Strukturfonds nicht zu Unrecht sanktioniert würden (Ziffer 40). Diese seien in der Regel für gerügte Verstöße gegen die Prinzipien nicht verantwortlich und könnten häufig auch gar keinen Einfluss auf die nationale Politik nehmen.

25 Jahre Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss der Regionen kann auf eine 25-jährige Geschichte zurückblicken. Aus diesem Anlass wurde eine umfangreiche Studie zu den Aktivitäten und Leistungen des AdR seit seiner Gründung veröffentlicht.¹⁶ Unter Bezug auf diese Studie wurde am 4. Dezember 2019 in einer feierlichen Sitzung mit Redebeiträgen von AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz, dem Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Luca Jahier, dem ehemaligen Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für Regionalpolitik Monika Wulf-Mathies, Kommissionsvizepräsident Maroš Šefcovi und der Präsidentin der Europäischen Bewegung und Abgeordneten des Europäischen Parlaments Eva Maydell Bilanz gezogen. Viele der Redner und Rednerinnen, unter anderem Monika Wulf-Mathies, wiesen darauf hin, dass globale Herausforderungen wie Klimawandel und umweltfreundlicher Verkehr ohne lokale und regionale Lösungen nicht angegangen werden könnten. Auch könne die europäische Migrationspolitik ohne den Beitrag von Städten und Regionen nicht funktionieren, denn dort müsse die Integration stattfinden.¹⁷

Weiterführende Literatur

Diana Panke: Voice without vote: Der Ausschuss der Regionen und seine Rolle im EU-Gesetzgebungsprozess, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2016, Baden-Baden 2016, S. 190-196.

Justus Schönlau: Beyond mere ‘consultation’: Expanding the European Committee of the Regions’ role, in: Journal of Contemporary European Research, 2/2017, S. 1167-1184.

Riccardo Trobbiani: European regions in Brussels: towards functional interest representation?, in: Bruges Political Research Papers 53/2016.

15 Vgl. Ausschuss der Regionen: Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen – Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union – Ein Konzept für das weitere Vorgehen, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 141 vom 29.4.2020, S. 15.

16 Birte Wassenberg: The History of the Committee of the Regions. 25 years of cities and regions furthering European integration, Brüssel 2020.

17 Minutes of the 137th plenary session of the CoR. 25 year anniversary ceremony of the CoR.